

# **Integration durch Journalismus contra gesellschaftliche Pluralität?**

## **Emile Durkheim revisited**

*Horst Pöttker*

### **1. Einleitung**

Integration durch Medien – der folgende Blick auf das Thema ist sowohl durch meine gegenwärtige Tätigkeit im Fach Journalistik geprägt, das die Aufgabe hat, dem beruflichen Handeln von Journalisten durch Forschung und darauf gestützte Lehre eine rationale Grundlage zu verschaffen, als auch durch meinen wissenschaftlichen Sozialisationshintergrund als Soziologe mit einem besonderen Interesse an den Klassikern des soziologischen Denkens. Was einer von diesen Klassikern, nämlich Emile Durkheim (1858 - 1917), zur Integration moderner Gesellschaften skizziert hat, steht im Mittelpunkt meiner Überlegungen. Ist Durkheims Integrationskonzept für den Journalismus noch aktuell?

### **2. Leitfrage: Wie sollen Journalisten handeln?**

Einem Soziologen, der Max Weber (1982) gelesen oder den Positivismusstreit der sechziger Jahre (vgl. Adorno, 1969) erlebt hat, ist eine Einsicht selbstverständlich, um die in der Kommunikationswissenschaft seit einigen Jahren ziemliches Wesen gemacht wird: dass Objektivität im Sinne vollkommen treuer Wiedergabe vorgegebener Realität im Journalismus, aber auch in der Wissenschaft grundsätzlich nicht möglich ist, weil schon hinter der unvermeidlichen *Auswahl* wahrgenommener Objekte oder berichteter Ereignisse, im keiner Richtigkeitsprüfung unterziehbaren Verhältnis zwischen Erkanntem und (noch) nicht Erkanntem, Kommuniziertem und (noch) nicht Kommuniziertem ein subjektiver Bias steckt. Der mit dem Paradigma der Systemtheorie gepaarte Konstruktivismus radikalisiert diese Einsicht zum erkenntnistheoretisch kaum widerlegbaren Dogma von der subjektiven Konstruiertheit aller beobachtbaren Realität, weshalb beispielsweise für den Journalismus nur die Frage nach den systemisch notwendigen Selektionskriterien und Konstruktionsprinzipien von Belang sei, nicht die Frage nach der Verzerrtheit oder Unverzerrtheit

journalistischer Aussagen – eine Frage, die früher ein Instrument der Ideologiekritik war, während sie heute selbst als ideologisch abgetan wird (vgl. z.B. Görke, 1999).

Aus der erkenntnistheoretisch durchaus begründeten Skepsis gegenüber dem Objektivitätsgebot lassen sich freilich auch pragmatischere Konsequenzen ziehen. Im berufsorientierten Fach Journalistik liegt die Folgerung nahe: Wenn wir schon davon ausgehen müssen, dass objektives Berichten wegen unvermeidlicher subjektiver Selektionsentscheidungen ausgeschlossen ist, dann wollen wir mit der wissenschaftlichen Ausbildung, die ja das professionelle Handeln von Journalisten qualifizieren soll, wenigstens *Einfluss* auf diese subjektiven Selektionsentscheidungen nehmen, indem wir z.B. die im Mediengeschäft üblichen Nachrichtenwertkriterien nicht einfach übernehmen und durch Ausbildung noch wirksamer machen, sondern versuchen, die gesellschaftlichen Aufgaben des Journalismus und die darauf gerichteten professionellen Möglichkeiten rational, und das heißt nicht zuletzt: unter dem Aspekt ihrer Wirklichkeitsnähe und ihrer Realisierungschancen, zu erkunden.<sup>1</sup> Eine der Fragen, die sich dabei stellen, ist die, ob und wie Journalisten zur Integration der Gesellschaft beitragen können, in der und für die sie ihre Arbeit verrichten.

### 3. Zwei Begriffe von Integration

In der Grundlagenliteratur zur sozialen Integration fallen drei Übereinstimmungen auf, von denen sich eine auf den Begriff bezieht, die beiden anderen auf die damit erfasste Realität. Was den Begriff betrifft, ist unstrittig, dass Integration „den Prozess des Zusammenschlusses von Teilen zu einer Ganzheit im Gegensatz zu additiven Vorgängen, speziell den [Zusammenschluss] von Gliedern eines sozialen Systems zu einer umfassenden Einheit“ (Bernsdorf, 1969, 469) meint. Was die Realität betrifft, findet man immer wieder Hinweise, dass moderne Gesellschaften mit zunehmender funktionaler Differenzierung und Komplexität einen wachsenden Bedarf an sozialer Integration entwickeln und dass hier neben traditionellen Integrationsmechanismen wie Recht (vgl. Smend, 1928) oder Markt auch den Massenmedien eine Bedeutung als Integrationsfaktor zukommt. „Die gegenwärtigen demokratischen Groß-Gesellschaften sind (...) genötigt, (...) eigene Organe für die Integration zu schaffen, die den Sinngehalt des Ganzen verdeutlichen und erlebbar machen können (Verlebendigung gemeinsamer Anschauungen, Werte und Symbole, Erweckung des Nationalbewusstseins etc.). Dafür verwendet man in weitem Maße (...) Massenkommunikationsmittel, um alle Gruppenmitglieder für integrative Vorgänge erreichen zu können.“ (Bernsdorf, 1969, 471)

Alles andere als einhellig sind dagegen die Vorstellungen davon, wie Integrationsprozesse beschaffen sind und durch welches Bindemittel der Zusammenschluss von Teilen zu einer Ganzheit zustande kommt, wenn solche Vorstellungen über-

<sup>1</sup> Hier besteht Ähnlichkeit mit den auf die Schriften John Deweys gestützten Konzepten des Public Journalism, auf die Tanjev Schultz mit seinem Beitrag in diesem Band eingeht.

haupt geäußert werden. In einem Wörterbuch der Philosophie findet man nach der üblichen Definition („ein Vorgang oder eine Handlung, die eine Ganzheit zur Folge hat“) immerhin die drei erläuternden Begriffe „Vereinigung, Verbindung, Vereinheitlichung“ (Schmidt, 1974, 301). Da Vereinheitlichung offenbar etwas anderes ist als Vereinigung oder Verbindung, ist damit ein Hinweis gegeben, dass sich zwei Grundtypen von Integration unterscheiden lassen: Einen, bei dem die Ganzheit dadurch zustande kommt, dass die Teile gleich oder ähnlich gemacht werden (Homogenisierung); und einen anderen, bei dem die Ganzheit aus der Verbindung *verschiedenartiger* Teile besteht und diese Heterogenität nicht infrage gestellt wird.

Bezogen auf den gesellschaftlichen Prozess der funktionalen Differenzierung stellt der erste Typus (Vereinheitlichung) eine gegenläufige Tendenz dar, die auf Rücknahme der durch diesen Prozess hervorgerufenen Verschiedenartigkeit von Institutionen, Denkweisen, Lebensstilen usw. gerichtet ist. Beim zweiten Typus dagegen bleiben Komplexität und Pluralität unangetastet. Bei dieser nicht homogenisierenden Variante (Vereinigung, Verbindung) stellt sich dann allerdings weiter die Frage nach dem integrativen Bindemittel.

Liest man die Literatur durch diese Brille, zeigt sich, dass besonders im Zusammenhang mit Massenmedien bisher fast nur der Integrationstypus *Homogenisierung* ins Auge gefasst wird. Charakteristisch dafür ist, wie Elisabeth Noelle-Neumann im Zusammenhang ihrer Theorie der öffentlichen Meinung die Integrationsfunktion der Medien beschreibt: „Aus den Massenmedien entnimmt der einzelne die Information, was er sagen und tun kann, ohne sich zu isolieren.“ (Noelle-Neumann, 1989, 266)

Zwar schließt etwa Talcott Parsons den anderen Integrationstypus, bei dem sozio-kulturelle Heterogenität erhalten bleibt, nicht aus: „Der Begriff der ‘Integration’ (...) bezeichnet einen Beziehungsmodus zwischen den Einheiten eines Systems, vermöge dessen diese Einheiten so zusammenwirken, dass der Zerfall des Systems und der Verlust der Möglichkeit zur Erhaltung seiner Stabilität verhindert und sein Funktionieren als eine Einheit gefördert wird.“ (zit. nach Bernsdorf, 1969, 469f.) Aber auch in der Soziologie sind explizite Hinweise auf diesen Typus oder gar entsprechende theoretische Analysen immer noch selten. Dabei hat Emile Durkheim schon vor über einem Jahrhundert mit dem heute altmodisch klingenden Begriff der „organischen Solidarität“ Grundideen für diesen zweiten, nicht homogenisierenden Integrationstypus formuliert, die sich weiter entwickeln und dann auch auf Medien und journalistisches Handeln beziehen lassen.

Bevor das geschieht, sei noch ein Blick auf den Typus der homogenisierenden Integration geworfen.

#### 4. Homogenisierende Integration und Journalismus

Es ist kaum zu bestreiten, dass auch für den Zusammenhalt einer pluralen demokratischen Gegenwartsgesellschaft *ein Minimum an Gleichförmigkeit* des Denkens und Handelns ihrer Mitglieder notwendig ist, also an homogenisierender Integration u.a.

durch Massenmedien. Über den Respekt vor der Menschenwürde, sich daraus ergebende Grundrechte und zivilisiert geregelte Verfahren der Konfliktaustragung muss es einen allgemeinen Konsens geben, der durch einen entsprechenden Journalismus gefördert werden kann. Da beispielsweise die Verfassung der Schweizer Eidgenossenschaft oder das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in ihren elementaren Passagen diese konsensbedürftigen Werte und Normen zusammenfassen, genügt Jürgen Habermas' Stichwort *Verfassungspatriotismus*, um Anforderungen dieser Integrationsaufgabe an journalistisches Handeln zu charakterisieren.

Ob der Zusammenhalt und die Lebensfähigkeit einer modernen Gesellschaft darüber hinaus tatsächlich der Verlebendigung weiterer „gemeinsamer Anschauungen, Werte und Symbole, Erweckung des Nationalbewusstseins etc.“ bedürfen (man beachte die Klimax, deren nächste Stufe der Nationalismus wäre), darf man gerade als Deutscher bezweifeln. Die Umsetzung der NS-Ideologie durch Goebbels' Propagandaapparat ist das Paradebeispiel, wie eine Integration für verbrecherische Zwecke instrumentalisiert werden kann, die mittels nationaler Symbole und vormoderner Begriffe wie „Volksgemeinschaft“ auf die Homogenisierung gesellschaftlich gegebener Pluralität zielt.

Allgemein gesagt liegt die Gefahr einer durch das Betonen von Außenkonflikten hergestellten Integration für die Gesellschaft darin, dass das Austragen innerer Konflikte behindert wird, das für Umwelтанpassung und sozialen Wandel notwendig wäre (vgl. Pöttker, 1980, 230-296). Es ist bemerkenswert, dass unter den zahlreichen Wörterbüchern, die ich auf den Begriff Integration hin durchgeschaut habe, nur der Schüler-Duden diese problematische Art homogenisierender Integration überhaupt erwähnt, indem er unbefangenen „Ablenkung (z. B. durch Aufbau eines gemeinsamen Feindbildes)“ als Alternative empfiehlt, wenn der Minimalkonsens über Grundwerte und die allgemeine Anerkennung zivilisierter „Regeln zur Konfliktlösung durch Gruppenmitglieder nicht unmittelbar zu gewinnen“ sind (Prehl u.a., 1985, 202). Man fragt sich, warum die sozialwissenschaftliche Literatur für Erwachsene diese Integrationsvariante kaum behandelt. Vielleicht ist sie für ihre Gefahren sensibler als die Fachredaktion Politik und Gesellschaft des Bibliographischen Instituts, deren positivistischer Gestus gerade gegenüber Jugendlichen verfehlt erscheint.

Dass eine über den Grundwertekonsens hinausgehende Integration etwa durch nationale Symbolik überdies *überflüssig* ist, hat eine andere Phase der jüngeren deutschen Vergangenheit gezeigt. Niemand wird Staat und Gesellschaft der seit 1949 bestehenden Bundesrepublik Deutschland Lebensfähigkeit und hinreichenden inneren Zusammenhalt absprechen wollen, auch nicht im internationalen Vergleich. Ein solcher Vergleich zeigt aber, dass nationale Symbolik von einer großen Mehrheit der Nachkriegsdeutschen, vielleicht mit Ausnahme einer kurzen Phase um das Jahr 1990, bis heute wenig geschätzt, ja gescheut wird, was nach der Erfahrung des Nationalsozialismus erklärlich ist. Jedenfalls zeigt der Erfolg der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, zu dem auch die nicht unproblematische, im Großen und

Ganzen aber wohl doch gelingende Integration ethnischer Minderheiten aus südeuropäischen und asiatischen Kulturen gehört, dass Journalisten sich mit einem relativ geringen Maß an homogenisierender Symbolik begnügen können.

## 5. Durkheims Begriff der „organischen Solidarität“ als Idee für nicht homogenisierende Integration

Kommen wir nun zu dem zweiten, in der Literatur notorisch vernachlässigten Integrationstypus, der nicht auf eine Angleichung heterogener Teile, sondern auf deren *Verbindung* zu einem Ganzen zielt. Auch die jeweils auf besondere Lebensfunktionen spezialisierten Teile des menschlichen Körpers bilden nicht deshalb eine Ganzheit, weil sie einander gleich oder ähnlich wären, sondern weil sie miteinander verbunden sind, wobei auch die Verbindungen durch darauf spezialisierte Organe wie Blut, Nerven, Skelett usw. hergestellt werden.

Emile Durkheim hat in der biologistischen Manier des 19. Jahrhunderts die moderne, differenzierte Gesellschaft mit dem Körper hochstehender Organismen verglichen<sup>2</sup> und als Antwort auf die Frage, was solche Gesellschaften zusammenhält und aus ihren spezialisierten Teilen ein Ganzes macht, den Begriff „organische Solidarität“ geprägt (vgl. Durkheim, 1977, 172). Ihr stellt er als Kontrastbegriff die so genannte „mechanische Solidarität“ gegenüber, „die aus den Ähnlichkeiten kommt“, „eine mehr oder weniger organisierte Gesamtheit von Glaubensüberzeugungen und Gefühlen, die allen Mitgliedern der Gruppe gemeinsam sind“, voraussetzt und als kollektiver Typ von Integration „nur im umgekehrten Verhältnis zur Persönlichkeit vergrößert werden“ kann (Durkheim, 1977, 170). Organische Solidarität dagegen sei „nur möglich, wenn jeder ein Betätigungsfeld hat, das ihm gehört, wenn er also eine Persönlichkeit hat. Das Kollektivbewusstsein muss also einen Teil des Individualbewusstseins frei lassen, damit dort spezielle Funktionen entstehen, die es nicht regeln kann.“ (Durkheim, 1977, 171f.)

Damit ist freilich nur gesagt, was die organische Solidarität *nicht* ist, nämlich eine homogenisierende Integration, die auf Kosten von Individualität und Besonderheit, Verschiedenheit und Vielfalt ginge. Zunächst vermisst man bei Durkheim eine positive Bestimmung dessen, was die Verbindung zwischen den spezialisierten Betätigungsfeldern, den „Organen“ der modernen Gesellschaft ausmachen kann. Immerhin lassen sich dazu dem dritten Teil seines Buchs über funktionale Differenzierung einige Hinweise entnehmen, in dem er sich mit den pathologischen

---

2 Die Gleichsetzung sozialer Gebilde mit biologischen Organismen ist problematisch, weil sie Handlungssubjekte tendenziell hindert, in sozialen Verhältnissen ihre eigenen Hervorbringungen zu erkennen, und sie so scheinbar aus der Verantwortung für die Folgen ihres Handelns entlässt. Eine weitere Problematik ergibt sich daraus, dass (fast) alle Organe des Körpers mehr oder weniger lebenswichtige Funktionen erfüllen, während eine Gesellschaft u.U. auch nicht- oder sogar dysfunktionale Teile integrieren (können) muss.

und anomalen, heute würden wir sagen: *dysfunktionalen* Formen der „sozialen Arbeitsteilung“ auseinandersetzt.

Der erste Hinweis ist die Bemerkung, organische Solidarität könne nicht entstehen, wenn die „Organe keinen genügenden Kontakt haben“ (Durkheim, 1977, 14). Normal sei, dass solcher Kontakt besteht, damit Integration zustande kommen kann. In Bezug auf die handelnden Subjekte formuliert Durkheim das so: „(...) normalerweise verlangt das Spiel einer jeden speziellen Funktion, dass sich das Individuum nicht eng darin einschließt, sondern in ständigem Kontakt mit den Nachbarfunktionen bleibt, ihrer Bedürfnisse der Veränderung, die dort eintreten, bewusst wird usw. Die Arbeitsteilung setzt voraus, dass der Arbeiter, statt über seine Aufgabe gebeugt zu bleiben, seine Mitarbeiter nicht aus den Augen verliert“ (Durkheim, 1977, 415). Damit ist das *Wissen* der einzelnen Funktionsparzellen voneinander als notwendige Bedingung der Integrationswirkung angesprochen, womit Durkheim aber ausdrücklich nicht eine in abstrakte und zeitlose Begriffe gefasste Allgemeinbildung meint, sondern das konkrete und aktuelle Informiertsein übereinander. Daraus lässt sich die journalistische Pflicht zu *umfassender Berichterstattung* über alle Teile und Glieder der Gesellschaft ableiten, die freilich alles andere als eine lenkende Hilfe für Selektionsentscheidungen ist.

## 6. Sinn für Funktionalität – die der anderen und die eigene

Eine Selektionshilfe für den journalistischen Alltag lässt sich erst aus einem zweiten Hinweis Durkheims ableiten. Er sah, dass es für den nicht homogenisierenden Typus von Integration keineswegs gleichgültig ist, *was* die diversen Funktionsparzellen der komplexen Gesellschaft voneinander wissen und übereinander denken bzw. „fühlen“, wie sich Durkheim ausdrückt. Zunächst gehe es darum, „jedem Individuum begreiflich zu machen, dass es nicht allein bestehen kann, sondern ein Teil des Ganzen ist, von dem es abhängt“ (Durkheim, 1977, 403). Abstrakt gesagt ist das Bindemittel der organischen Solidarität also das Gefühl, moderner ausgedrückt: das Bewusstsein vom *Aufeinander-angewiesen-Sein* der verschiedenen Organe.

Damit ist es jedoch nicht getan, solange dieses Bewusstsein abstrakt bleibt, denn: „Damit die organische Solidarität existieren kann, genügt es nicht, dass es ein System von einander notwendigen Organen gibt, die auf allgemeine Weise ihre Solidarität fühlen, sondern dazu muss auch die Art und Weise bestimmt sein, wie sie mitwirken müssen, wenn auch nicht in jeder Art der Begegnung, so doch in den häufigsten Umständen.“ (Durkheim, 1977, 407)

Was die Teile einer funktional differenzierten Gesellschaft wirksam zu verbinden vermag, wenn ihre Verschiedenartigkeit nicht angetastet werden soll, sei also nicht die gemeinsame Anerkennung abstrakter Werte wie Gerechtigkeit oder Hilfsbereitschaft, sondern das in jeder Funktionsparzelle lebendige Wissen, dass jede andere Funktionsparzelle für das Ganze nützlich ist und worin dieser Nutzen jeweils besteht. Anders ausgedrückt: Das Bindemittel der nicht homogenisierenden Integra-

tion ist das konkrete Bewusstsein der verschiedenen Institutionen von der Funktionalität aller anderen Institutionen.<sup>3</sup>

Da es mit zunehmender Komplexität schwieriger und schließlich unmöglich wird, dass jede Institution über die Funktionalität der immer zahlreicher werdenden anderen Institutionen Bescheid weiß, beschränkt sich der Realist Durkheim auf das Bewusstsein vom Zusammenwirken „nicht in jeder Art der Begegnung“, sondern nur in den „häufigsten Umständen“.

Wie entsteht nun dieses konkrete Bewusstsein von der Funktionalität der anderen Institutionen? Durkheim beschreibt als elementare Folge jeder spezialisierten Arbeit, dass der Arbeiter „fühlt, dass er zu etwas dient.“ (Durkheim, 1977, 415) Er postuliert damit, dass die organische Solidarität mit dem Bewusstsein jedes Organs von der *eigenen* Funktionalität beginnt. Das ist plausibel, weil sich nur so Sensibilität für die *grundlegende Qualität* bilden kann, um die es hier geht, ähnlich wie sich Achtung vor anderen Menschen nur auf der Basis von Selbstachtung entwickeln kann.

Mit dem aus der eigenen Erfahrung abgeleiteten Sinn für das Wesen der Funktionalität kann es im Hinblick auf die von Durkheim geforderte Konkretheit der organischen Solidarität freilich nicht getan sein. Es muss ein *sachliches Wissen* darüber hinzukommen, worin die Aufgaben der – zumindest wichtigsten – anderen Institutionen bestehen und wozu sie tatsächlich nütze sind.

An diesem Punkt wird es für die praktische Frage interessant, wie Journalisten handeln sollen, genauer, nach welchen Gesichtspunkten sie Informationen auszuwählen haben: Wenn Medien zu einer Integration beitragen sollen, die nicht auf Kosten von Individualität und Pluralität geht, darf die umfassende, keinen Sektor und keine Nische auslassende Berichterstattung den *gesellschaftlichen Nutzen* nicht übergehen, den die sozialen Gruppen und Gebilden haben (können), über die berichtet wird. Da diese Gruppen und Gebilde nach Durkheim normalerweise selbst am besten ihren gesellschaftlichen Nutzen, ihre Funktionalität kennen, lässt sich auf diese Weise sogar die oft als unprofessionell kritisierte Forderung begründen, diejenigen, von denen in den Medien die Rede ist, dort auch selbst ausreichend zu Wort kommen zu lassen. Auch das gehört offenbar zu den Möglichkeiten von Journalisten, zur sozialen Integration beizutragen.

## 7. Heischt nicht homogenisierende Integration nach einem unkritischen Journalismus?

Gruppen und Institutionen selbst zu Wort kommen lassen, ihren gesellschaftlichen Nutzen hervorheben: das klingt affirmativ. Läuft die Zielvorgabe, zur nicht homo-

---

<sup>3</sup> Ich lege einen weiten Begriff von Institution zugrunde: eine gesellschaftliche Einrichtung, die sich auf die Erfüllung einer bestimmten Aufgabe oder Funktion konzentriert. In diesem Sinne ist beispielsweise jeder Beruf eine Institution.

genisierenden Integration beizutragen, auf einen harmoniesüchtigen, unkritischen Journalismus hinaus?

Bisher wurde stillschweigend vorausgesetzt, dass alle Teile einer komplexen Gesellschaft nicht nur Aufgaben haben, sondern auch tatsächlich ihre Funktionen effektiv erfüllen. Das ist eine idealistische, man kann auch sagen: vom Geist der funktionalistischen Systemtheorie eines Talcott Parsons durchdrungene Prämisse, die weit von der gesellschaftlichen Realität entfernt ist. Dass im Prinzip alle Institutionen um einer bestimmten Aufgabe willen existieren, mögen wir noch akzeptieren; aber dass sie diese Funktionen auch immer effektiv erfüllen, wissen wir spätestens seit der Kritik Lewis Cosers an Parsons' Funktionalismus besser, bei der Coser sich auf die Schriften von Durkheims Zeitgenossen Georg Simmel über Streit und Konflikt gestützt hat (vgl. Simmel, 1903/04, 1908). Coser hat gezeigt, dass die aus der funktionalen Differenzierung hervorgehenden Institutionen keineswegs immer optimal ihre Aufgaben erfüllen, sondern oft erst durch soziale Konflikte auf diese hingewiesen und an sie angepasst werden müssen (vgl. Coser 1965). Er hat damit auf die systemerhaltende Bedeutung von Konflikten als Auslöser funktionsnotwendigen sozialen Wandels hingewiesen, die das statische Gleichgewichtsdenken der 50er-Jahre sonst eher als destruktiv und dysfunktional betrachtet hat.

Damit systemerhaltende Konflikte ausgetragen werden können, bedarf die moderne Gesellschaft der Seismographenfunktion eines kritischen Journalismus. Unabhängige Journalisten auszubilden, die in der Lage sind, durch zutreffende Berichterstattung über Missstände lösungsbedürftige Probleme öffentlich anzuzeigen, ist daher nolens volens eine systemkonforme Tätigkeit.

Ist zu befürchten, dass der kritische Journalismus, indem er mangelnde Funktionserfüllung von Institutionen öffentlich macht, bei seinem Publikum jenen konkreten Sinn für die Funktionalität anderer Teile der Gesellschaft gefährdet, den wir mit Durkheim als Bindemittel einer nicht homogenisierenden Integration erkannt haben? Man kann auch umgekehrt argumentieren, dass gerade eine Berichterstattung, die Gruppen und Institutionen kritisch an ihrem potentiellen Nutzen für die Gesellschaft misst, den Sinn für die Funktionalität der sozialen Parzellen besser wecken und stärken kann als ein den bestehenden Verhältnissen gegenüber affirmativer Journalismus. Denn gerade die Kenntnis *funktionaler Defizite* kann ja für die Wünschbarkeit eines möglichen, aber noch nicht realisierten Nutzens sowie die Notwendigkeit des Ineinandergreifens und Zusammenwirkens der gesellschaftlichen „Organe“ sensibel machen. Ein Artikel, der wahrheitsgemäß darauf hinweist, dass und warum die Schule bei der Vermittlung elementarer Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen versagt, kann den Verantwortlichen von Wirtschaftsunternehmen ebenso gut und vielleicht besser ihr Angewiesensein auf die Leistungen dieser Institution verdeutlichen als ein Artikel, der die Schule lobt.

Ob in Anbetracht des berichteten Gegenstandes wahrheitsgemäß kritisch oder wahrheitsgemäß affirmativ: Entscheidend für das integrative Potential des Journalismus ist, dass der Gegenstand in der Berichterstattung an seiner gesellschaftlichen Aufgabe, an seiner möglichen Funktion gemessen wird. Das erfordert von Journa-



listen jedenfalls das Bemühen, einen Zusammenhang zwischen berichteten Ereignissen oder Tatsachen herzustellen, also über die Feststellung ihrer Faktizität hinauszugehen. Die bekannte Erwartung an Journalisten, berichtete Fakten auf ihren *Hintergrund* zu durchleuchten, lässt sich mit der Integrationsaufgabe leicht begründen.

## 8. Nebeneinander von homogenisierender und nicht homogenisierender Integration

Wie hat man sich das Verhältnis der beiden Arten von Integration vorzustellen? Archaische, wenig differenzierte Gesellschaften werden durch die *Ähnlichkeit* ihrer Teile zusammengehalten, Durkheim spricht hier wie gesagt von „mechanischer Solidarität“ (Durkheim, 1977, 171). Mit zunehmender funktionaler Differenzierung gewinnt dann der nicht homogenisierende Typus an Bedeutung, ohne jedoch den primären, auf Ähnlichkeit beruhenden ganz zu verdrängen oder einen Kern an Gemeinsamkeit überflüssig zu machen. Aus der sozialgeschichtlichen Perspektive Durkheims löst die organische Solidarität die mechanische nicht vollkommen ab, aber die beiden Arten von Integration sind *komplementär*, der moderne, nicht homogenisierende Typus dringt auf Kosten des archaischen, homogenisierenden vor.

Das Zurückweichen der homogenisierenden Integration konkretisiert sich nach Durkheim auf zweierlei Weise: Einerseits nimmt sie „immer unscheinbarere Formen“ (Durkheim, 1977, 9) an, indem ihre Wirksamkeit nur innerhalb jeder spezialisierten Institution für sich genommen erhalten bleibt, in der ganzen Gesellschaft aber schwindet. Sogar eine sehr spezialisierte und begrenzte Tätigkeit sei „niemals ganz eigenständig. Selbst in der Ausübung unseres Berufes passen wir uns den Gewohnheiten und Praktiken an, die uns mit unserer ganzen Berufsgruppe gemeinsam sind.“ (Durkheim, 1977, 172) Andererseits drückt sich das Schwinden des homogenisierenden Typus darin aus, dass die Werte und Regeln, denen sich *alle* Gesellschaftsmitglieder beugen, mit dem Zurückweichen des archaischen Integrationstypus unbestimmter werden. „Diese Unbestimmtheit lässt für die individuelle Variabilität mehr Platz“ (Durkheim, 1977, 12). Als Belege führt Durkheim neben der zunehmenden „Transzendenz der Gotteidee“ und dem rationaler werdenden „Charakter des Rechts, der Mode, der Zivilisation im allgemeinen“ (Durkheim, 1977, 12) vor allem das Verblässen konkreter Normen zu Gunsten *abstrakter Ideen* wie Gerechtigkeit oder Menschenwürde in der modernen Kultur an. (Vgl. Durkheim, 1977, 330ff.)

## 9. Ein aktuelles Beispiel: Asylrecht oder konkreter Nutzen?

Auch diese Thesen über das Verhältnis von homogenisierender und nicht homogenisierender Integration lassen sich auf den Journalismus anwenden. Ich versuche es am Beispiel des im Herbst 2000 in den deutschen Medien diskutierten Themenkom-

plexes der Integration ethnischer Minderheiten durch deren gesetzlich vorzuschreibende Anpassung an die deutsche „Leitkultur“. Meine Bemerkungen dazu beziehen sich auf einen Artikel aus der „Frankfurter Rundschau“ vom 3. 11. 2000, der mir nicht untypisch dafür erscheint, wie das gesellschaftliche Gespräch über dieses Thema vom Journalismus angeleitet wurde:

### **CDU will auch Asylpraxis prüfen**

Papier zur Zuwanderung vermeidet den Begriff „Leitkultur“

Die CDU besteht darauf, dass bei einer neuen Einwanderungsregelung auch die bisherige Praxis des Asylrechts überprüft wird. Eine Gesamtregelung zur Zuwanderung müsse auch die Zuwanderung von Asylbewerbern umfassen, heißt es in einem Entwurf des saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller für ein „Eckpunktepapier“ der CDU, das der *FR* vorliegt.

BERLIN, 2. November (me/ap/dpa). Der Entwurf Müllers vermeidet den von Fraktionschef Friedrich Merz geprägten Begriff von der „deutschen Leitkultur“. Er verlangt von Ausländern aber die „Integration in die gewachsene deutsche Gesellschaft“, lehnt eine „multikulturelle“ Gesellschaft ausdrücklich ab und ruft dazu auf, die „Entstehung von Parallelgesellschaften“ unbedingt zu verhindern.

Das Asylrecht bleibe gewährleistet, schreibt Müller in dem Text, den er als Vorsitzender der CDU-Zuwanderungskommission diesem Gremium nächste Woche vorlegen will. Nötig sei aber „die Bekämpfung des Missbrauchs des Asylrechts mit dem Ziel der Erschleichung dauerhafter oder zumindest langjähriger Aufenthaltsrechte“. Das beinhalte „die Überprüfung verfassungsrechtlichen Anpassungsbedarfs“.

Müller, der am Donnerstag in Berlin versuchte, seine Linie mit Partei- und Fraktionsführung abzustimmen und dabei einige weitere, inhaltlich aber nicht mehr entscheidende Korrekturen zugestand, sieht grundsätzlich „weiteren Zuwanderungsbedarf“. Deshalb sei eine Gesamtregelung nötig. Die Steuerung der Zuwanderung müsse sich aber „an legitimen wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen nationalen Eigeninteressen“ orientieren.

Der frühere CDU-Generalsekretär Heiner Geißler distanzierte sich am Donnerstag vom Begriff der „deutschen Leitkultur“. Darauf könne sich „jeder Skinhead abstützen, wenn ihm jemand nicht in sein Deutschland-Bild hineinpasst und er glaubt, er kann ihn vielleicht zusammenschlagen“, sagte er im ZDF. Das Grundgesetz schreibe keine Leitkultur vor, sondern sei das „Fundament für das friedliche Zusammenleben verschiedener Kulturen“.

Der sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf (CDU) mahnte eine Diskussion über das Selbstverständnis der Deutschen an. Dafür sei der Begriff Leitkultur „nicht besonders geeignet“, sagte er der *Heilbronner Stimme*. CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer wies den Vorwurf der Stimmungsmache zurück. Es gehe um eine „sehr rationale Einstellung“, was in Deutschland an Einwanderung zu regeln sei, sagte er. Die Debatte um die deutsche Leitkultur nannte er „grandios“ und hoch spannend. Der CDU deswegen rechtsradikale Tendenzen zu unterstellen, sei „Quatsch“.

*Kommentar Seite 3, Wortlaut Seite 4*

Der Text ist ein Lehrbeispiel, dass auch nachrichtliche Artikel, die keine explizite Meinungsäußerung enthalten und die professionellen Regeln der distanzierten Redewiedergabe peinlich befolgen, bereits durch die Auswahl des überhaupt Gesagten und dann noch an die Spitze Gestellten einen subjektiven Bias enthalten. Es ist nicht zu verkennen, dass dem Urheber des Textes die Einwanderungspolitik der CDU-Opposition missfällt, was angesichts der traditionellen Nähe der „Frankfurter Rundschau“ zur SPD nicht überrascht. Redaktionelle Zweifel, ob die CDU-Pläne für die Integration zugewanderter ethnischer Minderheiten förderlich sind, kommen dadurch zum Ausdruck, dass aus dem 15 „Eckpunkte“ umfassenden Müller-Papier, das die FR-Leser auf Seite 4 derselben Ausgabe finden, ausgerechnet der Punkt 9 mit der Forderung nach einer „Überprüfung verfassungsrechtlichen Anpassungsbedarfs“ beim Asylrecht, also die Stelle, an der ein *konsensbedürftiges Grundrecht* tangiert ist, herausgegriffen und durch die Platzierung in Überschrift und Lead der Nachricht betont wird. Dieser auf eine mögliche Verletzung von Grundrechten anspielende Selektionsbias zieht sich dann weiter durch den Text.

Lässt sich diese Auswahl mit dem Nachrichtenwertfaktor *Konflikt* erklären? Dagegen spricht, dass das in Art. 16, Abs. 2 GG erwähnte Asylrecht zu den unantastbaren Grundrechten zählt, die das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland mit seinen ersten 19 Artikeln garantiert und über deren Gültigkeit es im gegenwärtigen deutschen Gemeinwesen keinen Streit geben kann. Selbst wenn aber der Faktor Konflikt im Spiel gewesen wäre, ist offensichtlich, dass der Text dieser Nachricht einem journalistischen Handeln entspringt, das *auch* zur Integration zugewanderter ethnischer Minderheiten beitragen möchte. Diese Integrationsabsicht orientiert sich hier offenbar an der homogenisierenden Variante. Charakteristisch dafür ist, dass mit den Grundrechten gerade Wertabstraktionen den über das Faktische hinausgehenden Hintergrund der Berichterstattung bilden, die in Durkheims Argumentation das Verblässen der mechanischen, auf Gemeinsamkeit oder Ähnlichkeit fußenden Solidarität anzeigen.

Der Text dieser Nachricht mahnt nicht nur an, dass Grundrechte wie der Schutz der Menschenwürde, Freizügigkeit und Asyl allen Menschen zukommen, sondern er setzt darüber hinaus auf die Gemeinsamkeit aller deutschen Bürger, diese Grundrechte anzuerkennen. Insofern sind nicht nur Immigranten und ethnische Minderheiten Adressaten der Integrationsabsicht, sondern auch die „in die gewachsene deutsche Gesellschaft“ bereits hineinsozialisierte Mehrheit, aus der die Leserschaft der Zeitung großteils stammt. Homogenisierende Integration bedeutet hier Förderung des Bewusstseins: *Wir alle, die wir im Geltungsbereich des Grundgesetzes leben, sind uns darin einig oder gleich, dass wir die Grundrechte respektieren, die wir auch alle selbst in Anspruch nehmen können.*

Solcher Verfassungspatriotismus ist eine notwendige journalistische Orientierung, deren Bedeutung für die gesellschaftliche Integration nicht hoch genug zu veranschlagen ist. Gleichwohl erscheint diese Orientierung ergänzungsbedürftig, weil den nach ihrer Maßgabe zustande kommenden Inhalten eine Blässe der Allge-

meinheit anhaftet, die sie ins Reich der schönen Worte verweist und deshalb unverbindlich erscheinen lässt.

In unserem Beispiel gilt das um so mehr, als sich diese Allgemeinheit von den Grundrechten, wo sie unvermeidlich ist, auch auf Themen überträgt, wo die Berichterstattung durchaus konkreter werden könnte. Dass aus dem Müller-Papier die Hinweise auf „weiteren Zuwanderungsbedarf“ und die „legitimen wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen nationalen Eigeninteressen“ zitiert werden, kann als Beitrag zur nicht homogenisierenden Integration verstanden werden, weil es an die (mögliche) Funktionalität der Zuwanderung und die (möglichen) sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Leistungen ethnischer Minderheiten – trotz oder gerade wegen ihrer Differenz von der Mehrheitskultur – erinnert.

Das bleibt hier freilich ebenso im Abstrakten wie die Passagen zum Asylrecht und zum friedlichen Zusammenleben. Ein Journalismus, der seine Bedeutung für das Bewusstsein des Aufeinander-angewiesen-Seins der unterschiedlichen Teile einer modernen Gesellschaft kennen würde, hätte bei diesem Thema recherchiert und gesagt, *worin* und *warum* Zuwanderungsbedarf besteht und *welche* wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Eigeninteressen die deutsche Gesellschaft an Einwanderung und Integration von ethnischen Minderheiten hat.

Wir lesen oder hören so etwas gelegentlich in den Medien, aber leider waren es trotz ihrer beruflichen Aufgabe, Öffentlichkeit herzustellen, wieder einmal *nicht* die Journalisten (oder gar die Politiker), sondern weitsichtige Wissenschaftler und vor allem Vordenker aus der Wirtschaft<sup>4</sup>, die zuerst die schon länger bekannten demographischen, ökonomischen und sozio-kulturellen Gründe öffentlich benannt haben, warum Deutschland sich um der Lebensfähigkeit seiner Gesellschaft willen endlich dazu bekennen sollte, ein Einwanderungsland zu sein.

## Literatur

- Adorno, Theodor W. u.a. (1969), *Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie*, Neuwied und Berlin: Luchterhand.
- Bernsdorf, Wilhelm (1969), Integration (Desintegration), soziale, in: Wilhelm Bernsdorf, Hrsg., *Wörterbuch der Soziologie*, 2., neubearb. und erw. Ausg., Stuttgart: Enke, 469-473.
- Coser, Lewis A. (1965), *Theorie sozialer Konflikte*, Neuwied a. Rh. und Berlin: Luchterhand.
- Doemens, Karl (2000), Inder statt Kinder, Vereinte Nationen empfehlen Deutschland dringend forcierte Einwanderung, in: *Frankfurter Rundschau*, Nr. 80, 4.4.2000, S. 4.
- Durkheim, Emile (1977), *Über die Teilung der sozialen Arbeit*, eingel. v. Niklas Luhmann, übers. v. Ludwig Schmidts, Frankfurt a. M.: Suhrkamp (Erstausgabe: *De la division du travail social*, Paris 1893).
- Görke, Alexander (1999), *Risikojournalismus und Risikogesellschaft*, Sondierung und Theoriewurf, Opladen: Westdeutscher Verlag.

4 So z.B. der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Norbert Walter, der öffentlich auf das Schrumpfen der deutschen Bevölkerung ohne Zuwanderung und dadurch zu befürchtende Rückgänge bei der ökonomischen Nachfrage sowie bei der Innovations- und Risikobereitschaft hinweist (vgl. Doemens 2000).

- Noelle-Neumann, Elisabeth (1989), Öffentliche Meinung, in: Elisabeth Noelle-Neumann, Winfried Schulz und Jürgen Wilke, Hrsg., *Publizistik Massenkommunikation*, Das Fischer Lexikon, Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch Verlag, 255-266.
- Pöttker, Horst (1980), *Zum demokratischen Niveau des Inhalts überregionaler westdeutscher Tageszeitungen*, Wissenschaftstheorie und Methodologie – Normative Demokratietheorie – Quantitative Inhaltsanalyse, Hannover: SOAK.
- Prehl, Hede, Dieter C. Umbach und Hans Boldt (1985), *Schüler-Duden Politik und Gesellschaft*, Mannheim, Wien und Zürich: Dudenverlag.
- Schmidt, Heinrich, Begr. (1974), *Philosophisches Wörterbuch*, 19. Aufl. neu bearb. v. Georgi Schischkoff, Stuttgart: Kröner.
- Simmel, Georg (1903/04), The Sociology of Conflict, in: *American Journal of Sociology*, Vol. 9, 490-525, 672-698, 798-811.
- Simmel, Georg (1908), IV. Der Streit, in: Georg Simmel, *Soziologie*, Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Leipzig: Duncker & Humblot, 247 - 336.
- Smend, Rudolf (1928), *Verfassung und Verfassungsrecht*, München: Duncker & Humblot.
- Weber, Max (1982), Der Sinn der „Wertfreiheit“ der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften, in: Max Weber, *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, 5., erneut durchges. Aufl. hrsg. v. Johannes Winckelmann, Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), 489-540.

Kurt Imhof · Otfried Jarren  
Roger Blum (Hrsg.)

# Integration und Medien

Westdeutscher Verlag

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme  
Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei  
Der Deutschen Bibliothek erhältlich

1. Auflage Juli 2002

Alle Rechte vorbehalten

© Westdeutscher Verlag GmbH, Wiesbaden 2002

Der Westdeutsche Verlag ist ein Unternehmen der Fachverlagsgruppe BertelsmannSpringer.  
[www.westdeutscher.vlg.de](http://www.westdeutscher.vlg.de)



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: Horst Dieter Bürkle, Darmstadt

Satz: Martina Schraad, Wiesbaden

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Rosch-Buch, Scheßlitz

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in Germany

ISBN 3-531-13792-1

# Inhalt

Einleitung (Kurt Imhof / Otfried Jarren / Roger Blum).....	9
Einführung (Kurt Imhof).....	17
<b>I. Integration, Medien und Gesellschaftstheorie</b>	
Die Leistungsfähigkeit heutiger Öffentlichkeiten – einige theoretische Kontroversen (Bernhard Peters).....	23
Große Gemeinschaft und Kunst der Kommunikation. Zur Sozialphilosophie von John Dewey und ihrem Revival im Public Journalism (Tanjev Schultz).....	36
Multiple Differenzierung und kommunikative Integration Symbolische Gemeinschaften und Medien (Hartmut Weßler).....	56
Zurechnungsmodelle und Themenrepertoires. Gedanken zur Integrationsleistung von Massenmedien in der Moderne (Jan D. Reinhardt / Michael Jäckel).....	77
„Wetten dass.....“ – Massenmedien integrieren? Die Integrationsfunktion der Massenmedien: Zur empirischen Beschreibbarkeit eines normativen Paradigmas (Andreas Vlašić / Hans Bernd Brosius).....	93
Massenmedien und die Integration der Gesellschaft aus Sicht der autopoietischen Systemtheorie: Steigern die Medien das Reflexionspotential sozialer Systeme? (Frank Marcinkowski).....	110
Integration durch Medien als Beziehung struktureller Kopplung (Tilmann Sutter).....	122



## II. Bedingungen und Formen von Integrationskommunikation

Integration und soziale Differenzierung: Die Ambivalenz der Massenmedien in historischer Perspektive  
(*Jürgen Wilke*)..... 139

Viele Programme, dieselben Themen?  
Vielfalt und Fragmentierung: Konvergenz und Divergenz in der aktuellen Berichterstattung – eine Inhaltsanalyse internationaler TV-Nachrichten auf der Mikroebene  
(*Patrick Rössler*)..... 148

Sprachregionale Segmentierung und Integration: Politische Berichterstattung am Schweizer Radio  
(*Ruth Hungerbühler*)..... 168

Die Mediatisierung von Alltag und sozialen Beziehungen und die Formen sozialer Integration  
(*Friedrich Krotz*)..... 184

Medien in der parlamentarischen Debatte.  
Eine empirische Analyse von Medienverweisen in den Debatten des Niedersächsischen Landtags  
(*Helmut Scherer / Eva Baumann*)..... 201

Selbstausslegung – Anerkennung – Integration.  
Zur Rolle und Stellung von Unterhaltungsangeboten in der Rezeption durch Jugendliche  
(*Udo Göttlich / Jörg-Uwe Nieland*)..... 219

## III. Integration durch Konfliktkommunikation

Kommunikative Handlungsoptionen in politischen Führungsämtern: Politische Integration durch Stilbildung und Machtsicherung  
(*Ulrich Sarcinelli*)..... 247

Zur Emergenz transnationaler Öffentlichkeiten.  
Konfliktinduzierter Kampf um Definitionsmacht und transnationale Kommunikationsverdichtung im Politikprozess „Internationale Steuerpolitik im EU- und OECD-Raum“  
(*Stefan Tobler*)..... 260

Fremd- und Selbstbilder in der Berichterstattung der deutschen Medien während des Kosovokrieges – am Beispiel des *Spiegel*  
(*Elisabeth Klaus / Kerstin Goldbeck / Susanne Kassel*)..... 285

---

Hass, der integriert? (Unterhaltungsorientierte) Hatepages im Internet – das Beispiel der <i>Blümchen-Hass-Page</i> (Klaus Neumann-Braun).....	306
<b>IV. Integration als Ziel, Integration als Leistung von Medien?</b>	
Integration durch Journalismus contra gesellschaftliche Pluralität? Emil Durkheim revisited (Horst Pöttker).....	323
Durchsetzung von Integrationsanforderungen an den Rundfunk über Verhandlungssysteme? (Patrick Donges).....	336
Von der Herstellung zur Darstellung demokratischer Öffentlichkeit? Die Politikvermittlung der Massenmedien unter den Bedingungen eines ausdifferenzierten Mediensystems (Esther Kamber / Mario Schranz).....	347
<b>Autoren</b>	364